

---

# Italien

## Giovanni Orsina

Nach einigen allgemeinen Überlegungen zu Politik, Geschichtsschreibung und öffentlichem Gebrauch von Geschichte in Italien sollen die Auseinandersetzungen um das Geschichtsverständnis über die „Zweite“ Republik und die Erinnerung an die „Erste“ Republik und sodann die Geschichtsschreibung über die „Erste“ Republik in den letzten 15 Jahren behandelt werden.

Die öffentliche Diskussion um die eigene, nationale Geschichte hat in Italien einen ausgesprochen „provinziellen“ Charakter, was mit spezifischen Eigentümlichkeiten des italienischen politischen Lebens zusammenhängt. In den nunmehr fast 150 Jahren seit seiner Einigung hat der italienische Staat das Problem der institutionellen Instabilität nie wirklich bewältigt, insbesondere was die gegenseitige Anerkennung der Legitimität der unterschiedlichen politischen Kräfte angeht. Unter diesen Umständen drehte sich die öffentliche Debatte vor allem um Deutungen der nationalen Vergangenheit, die von den verschiedenen Parteien je für sich instrumentalisiert wurde; sie blieb auf inneritalienische Kontroversen beschränkt, und das umfassendere europäische Geschehen geriet aus dem Blick; immerhin befassen sich mittlerweile aber doch einige Vertreter der akademischen Geschichtsschreibung mit dem europäischen Kontext, mitunter sogar ausgesprochen kompetent. Teil des italienischen „Provinzialismus“ ist zudem die große Aufmerksamkeit, die in der öffentlichen Debatte ausländischen Wissenschaftlern zuteil wird. Historiker aus anderen Län-

dern, die sich mit Italien befassen, genießen Anerkennung vor allem dadurch, dass sie, zumindest theoretisch, über den Parteien stehen und glaubwürdiger erscheinen als Italiener, die, so die Annahme, zu sehr in nationale Angelegenheiten verwickelt sind. Meistens allerdings (zum Glück nicht immer) vertreten die nicht-italienischen Wissenschaftler jedoch gar keine eigenständige Deutung, sondern reihen sich in die inneritalienischen Streitereien ein. Mit der Aura der Unparteilichkeit werden sie zu Parteigängern, die von den politischen Lagern dazu benutzt werden, die jeweiligen Standpunkte zu unterstützen.<sup>1</sup>

Dennoch: der „provinzielle“ Zuschnitt der öffentlichen Geschichtsdiskussion in Italien wird dadurch abgemildert, dass die italienische Geschichte zutiefst Teil der europäischen Geschichte ist. Das *Risorgimento*<sup>2</sup>, die „Wiedergeburt“ Italiens, sollte nach dem Willen der liberalen Führungsschicht das Land, wenngleich mit einiger Verspätung, wieder an Europa anschließen, was ja auch geschah. Ohne diese europäische Anbindung kam Italien nie aus, nicht einmal unter dem Faschismus. Und noch mehr fiel diese Zugehörigkeit nach 1945 ins Gewicht, in der Phase des Kalten Kriegs und der Europäischen Einigung. Im Endeffekt ist die öffentliche Diskussion um die nationale Geschichte also stets auch eine Debatte um die Geschichte Europas und allgemeiner noch um die Geschichte der bipolaren Welt. Zum einen, weil die italienische Entwicklung unverständlich bleibt, wenn man sie von äußeren Einflüssen isoliert. Wie sollen etwa die Rückkehr Italiens zur Demokratie oder das Wirtschaftswunder erklärt werden, ohne Italiens Integration in die westliche Ordnung zu berücksichtigen? Und wie ließe sich die politische Geschichte der italienischen Republik erklären, ohne die engen Beziehungen der Italienischen Kommunistischen Partei zur Sowjetunion mit einzubeziehen? Zum anderen sind die nationalen Entwicklungen oft lediglich lokale Erscheinungen umfassenderer

historischer Phänomene, die in anderem Gewand auch andere europäische Länder geprägt haben: der antifaschistische Widerstand, der Wiederaufbau des politisch-demokratischen Systems, der Kommunismus, das Wirtschaftswunder, die „progressistische Wende“ der 1960er Jahre und die 1968er-Bewegung, der Terrorismus und so weiter.

Die öffentliche Diskussion um die italienische Geschichte hat sich also stets innerhalb dieser provinziellen, aber doch nicht *nur* provinziellen Grenzen bewegt. Mit der tiefen politischen Krise, die Anfang der 1990er Jahre begann und fünfzehn Jahre später immer noch kein Ende gefunden hat, veränderte sie sich nachhaltig. Im Folgenden sollen Überlegungen darüber angestellt werden, wie sich die öffentliche Debatte um die politische Geschichte der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts seit 1994 in Italien entwickelt hat, also nach dem durch die Justiz eingeleiteten Zusammenbruch der sogenannten „Ersten Republik“<sup>3</sup> und seit Silvio Berlusconis Erscheinen auf der politischen Bühne. Dabei wird deutlich, dass die Debatte von den politischen Ereignissen der letzten eineinhalb Jahrzehnte erheblich beeinflusst wurde; entscheidend waren aber daneben Fortschritte der Geschichtswissenschaft selbst, die sich weiterentwickelt hat und dabei durchaus innovativ war, sei es dank methodologischer Neuorientierung, sei es, weil sich einige „traditionelle“ Deutungen als unhaltbar und instrumentell erwiesen haben, und nicht zuletzt dank der Freigabe neuen Archivmaterials. Im folgenden Abschnitt soll die neue, nach 1994 geführte öffentliche Diskussion um die politische Geschichte Italiens seit 1945 behandelt werden. Sodann wird erörtert, wie die Geschichtswissenschaft im Rahmen dieser Diskussion bestimmte Weichenstellungen in der Entwicklung der Republik interpretiert hat, insbesondere über deren Entstehungsgeschichte. Eine kurze Zusammenfassung wird sich schließlich mit den möglichen Auswirkungen

beschäftigen, die die politischen Ereignisse seit dem Frühjahr 2008 haben könnten.

*1. Die „Zweite“ Republik und die Erinnerung an die „Erste“ Republik*

Die schwere Krise, die Italien zwischen 1992 und 1994 erschütterte, hat in der Öffentlichkeit eine lebhafteste, kontroverse Debatte über die politischen Ereignisse nach dem Zweiten Weltkrieg ausgelöst, die sich auf mindestens drei unterschiedlichen, miteinander zusammenhängenden Feldern bewegte: Staatsform und nationale Identität; Regierungsform und Rolle der Parteien; ideologische Koordinaten und Gestalt des Parteiensystems.

Italiens nationale Identität ist durch die vom Faschismus gewollte „Faschisierung“ auf eine harte Probe gestellt worden. Das Land war durch den Zweiten Weltkrieg (durch Niederlage, Wechsel des Kriegsbündnisses, Invasion der Deutschen und der Anglo-Amerikaner, Bürgerkrieg u. a.) schweren Belastungen ausgesetzt; und nach 1945 war Italien tief von den Bruchlinien des Kalten Kriegs durchzogen. Nach dem Krieg hat Italien sein öffentliches Leben um Parteien herum aufgebaut, die ihrerseits in eine Art „Kalter Bürgerkrieg“ verwickelt waren. Man hat sich zugleich nachdrücklich auf die NATO und die entstehenden europäischen Institutionen gestützt. Italien war seit seiner staatlichen Einigung mit einer „Süd-Frage“ belastet; hinzu kam in den 1980er Jahren auch noch eine „Nord-Frage“ mit dem Auftreten von regionalistischen Parteien, die Föderalismus oder gar Sezession forderten. Angesichts solcher Rahmenbedingungen musste das Land zwangsläufig die Zäsur, die das Ende des Kommunismus bedeutete, zum Anlass für eine grundsätzliche Auseinandersetzung mit der eigenen Identität, mit den Fundamenten des natio-

nalen und sozialen Zusammenhalts und seiner Rolle im internationalen Kontext nehmen.<sup>4</sup>

Zudem hatte die Italienische Republik im Laufe der 1960er Jahre eine institutionelle Gestalt angenommen, die wiederum durch das Ende des Kommunismus zeitgleich mit der scharfen juristischen Offensive gegen die Korruption der Parteien und der führenden politischen Klasse („Mani Pulite“ gegen „Tangentopoli“) beträchtlich erschüttert wurde. Diese institutionelle Gestalt basierte auf einem Verhältniswahlssystem, auf der Dominanz des Parlaments gegenüber der Regierung und auf der recht starken Rolle, die die Parteien im Parlament, in der Regierung, in lokalen Machtzentren und im öffentlichen Verwaltungsapparat einnahmen – ein Mechanismus, der polemisch „*partitocrazia*“, also „Parteiherrschaft“, genannt wurde. Die Entscheidung, die Parteien in den Mittelpunkt zu rücken und zudem das Parlament der Exekutive überzuordnen, diente im Übrigen auch der Wiedereingliederung der Kommunistischen Partei (PCI) ins politische System. Aufgrund der internationalen Situation war dem PCI über Jahrzehnten hinweg eine Regierungsbeteiligung verwehrt – eine ungeschriebene, aber zwingende Regel, die in der politischen Kultur Italiens als *conventio ad excludendum* bezeichnet wurde. Gegen Ende der 1950er und in den 1960er Jahren schwächte sich jedoch nach und nach dieser durch den Kalten Krieg hervorgerufene Antagonismus zwischen Kommunisten und Antikommunisten ab, so dass der PCI auf unterschiedliche Weise Machtpositionen einnehmen konnte. Da er dies nicht auf direktem Weg erreichen konnte (d. h. durch den Versuch, die Regierungsmehrheit zu gewinnen), näherte er sich der Macht auf Seitenwegen, vor allem dank des *Machtsplittings* durch die Schaffung der Regionalverfassung sowie mittels einer Reform des parlamentarischen Regelwerks, die das Ziel hatte, der Opposition größere Befugnisse einzuräumen, aber auch aufgrund der wachsenden Freiräume, die die Ver-

treter des Kommunismus in den öffentlichen oder von der Politik abhängigen Institutionen fanden.<sup>5</sup> Es folgte der Moment der so genannten „Nationalen Solidarität“ (1976–1979), als der PCI gemeinsam mit der DC und einigen kleineren Parteien für eine kurze, turbulente Zeit die Regierungsmehrheit bildete. Dieses System einer partiellen Teilhabe an der Macht seitens einer Oppositionspartei, die nicht dazu legitimiert war, Mehrheit zu werden, setzte ganz offensichtlich voraus, dass das Wahlsystem dem Proporzprinzip folgte, um die Beteiligung aller an der Macht zu garantieren, dass die Regierung zu schwach war, um die Freiräume der Opposition zu gefährden, dass im Mittelpunkt des politischen Systems die Parteien standen (die kommunistische inbegriffen) und dass das Parlament als Ausgleichs- und Kompromissinstanz zwischen Mehrheit und Opposition fungierte. Es war jedoch ein System, das kostspielig und schwerfällig war, ineffizient arbeitete und daher leicht auszuhebeln war. Und so war es denn auch natürlich, dass es nach dem Ende des Kommunismus und dem Wegfall der Gründe für die *conventio ad excludendum* sowie durch die immer unerträglicher werdende Korruption zunehmend scharfer Kritik ausgesetzt war. Es wurde nun vor allem in einem seiner Schlüsselmechanismen angegriffen, der auch tatsächlich am verwundbarsten war, nämlich dem Verhältniswahlssystem. Nach einer Reihe von Volksbefragungen – zwischen 1991 und 1993 – wurde dieses schließlich abgeschafft zugunsten eines gemischten Wahlsystems, bestehend zu drei Vierteln aus Direktwahl mit einem Wahlgang, zu einem Viertel noch immer aus Verhältniswahl.<sup>6</sup>

Vor allem die schwere Krise, die das öffentliche Leben Italiens in den Jahren 1992 bis 1994 durchlebte, hat die Gesamtstruktur des politischen Gleichgewichts in Italien durcheinander gebracht. So wurden auch die weltanschaulichen Orientierungspunkte, auf die sich dieses Gleichgewicht gestützt hatte, zur Diskussion gestellt. Die Behauptung

tung, dass sich die zwischen 1943 und 1948 entstandene Italienische Republik auf den Antifaschismus stützte, ist korrekt, aber oberflächlich. Sie setzt sich nämlich nicht mit den entscheidenden historischen Fragen auseinander, die zum Verständnis der italienischen Politik der Nachkriegszeit unbedingt berücksichtigt werden müssen: Inwieweit wurde die antifaschistische Haltung von den Italienern geteilt? War der Antifaschismus tatsächlich ein einheitliches weltanschauliches Terrain, oder hat es verschiedene Spielarten gegeben, die sich konfliktträchtig gegenüberstanden? Und: Wie hat der Antifaschismus mit dem weltanschaulichen „Geschöpf“ des Kalten Kriegs, dem Antikommunismus, interagiert? Diese Fragen können hier nicht ausführlich beantwortet werden. Da es sich jedoch um fundamentale Aspekte für das Verständnis der politischen Auseinandersetzung und der öffentlichen Diskussion nach 1994 handelt, seien sie kurz angerissen.

Zunächst können wir festhalten, dass der Antifaschismus keine einheitliche Weltanschauung gewesen ist, sondern dass es viele unterschiedliche Antifaschismen gegeben hat. Unterscheiden muss man insbesondere zwischen einem gemäßigten Antifaschismus, der darauf abzielte, mit dem Kapitel des Mussolini-Regimes abzuschließen und Italien wieder auf den Weg der liberalen Demokratie zu führen, ohne Revolution im Land. Mit anderen Worten: In der nationalen Geschichte sollte eine solide Kontinuitätslinie vor allem mit der vorfaschistischen Zeit beibehalten werden, ohne dabei das soziale Gleichgewicht zu zerstören. Auf der anderen Seite gab es einen „progressiven“ oder „progressistischen“, d. h. sozialrevolutionären Antifaschismus (it. „progressista“), der den klaren Bruch mit der Vergangenheit wollte, nicht nur mit dem faschistischen Regime, sondern auch mit jenem so genannten „tiefsitzenden Italien“, welches dieses Regime, so glaubte man, erst möglich gemacht habe, d. h. den Bruch auch mit dem tradi-

tionellen Sozial- und Machtgefüge. Die Bruchlinien des Antifaschismus überlappten sich mit der kommunistischen Frage. Der progressistische Antifaschismus war nicht unbedingt gänzlich pro-kommunistisch und auch keineswegs „Weggefährte“ des Kommunismus. Allerdings war die Kommunistische Partei zweifelsfrei einer der wichtigsten Schöpfer und Vertreter dieser Spielart des Antifaschismus. Und je mehr sich der Kalte Krieg abschwächte und die Hegemonie der Christdemokratie über das politische System Italiens andauerte, desto eher mussten diejenigen, die Italien gemäß den Vorstellungen des sozialrevolutionären Antifaschismus von Grund auf hatten verändern wollen, einen Verständigungsweg zum PCI suchen, als der einzigen politischen Kraft, der man zutraute, diese Veränderungen herbeizuführen.<sup>7</sup>

Überdies wollte ein großer Teil der italienischen Bevölkerung nichts oder nur wenig vom Antifaschismus wissen, zumal dieser in sich gespalten war. Auch dieser „Anti-Antifaschismus“ war ein höchst komplexes Phänomen. Ein Teil der Italiener lehnte den Antifaschismus deshalb ab, weil man sich schlichtweg weiterhin als faschistisch betrachtete; ein anderer Teil, der der liberalen Demokratie eher gleichgültig gegenüberstand, lehnte den Antifaschismus aufgrund einer konservativen, zum Autoritarismus tendierenden Haltung ab: eine Mentalität, die vielleicht nicht mehr regelrecht faschistisch war, jedoch offenkundig vom Faschismus herkam. Ein weiterer Teil schließlich wandte sich nicht so sehr gegen den Antifaschismus oder die Demokratie an sich, sondern eher gegen den progressistischen, als zu „jakobinisch“ angesehenen Antifaschismus, aus dem allzu leicht ein Trojanisches Pferd für die Kommunistische Partei hätte werden können.

Es ist nicht leicht, genau zu beziffern, wie sich das Gewicht unter den verschiedenen Komponenten des „Anti-Antifaschismus“ verteilte und wie diese sich entwickelt



haben. Die neofaschistische Partei, der *Movimento Sociale Italiano* (MSI), dem sich vermutlich der größte Teil derjenigen Italiener anschloss, die sich wehmütig nach den ersten 20 Jahren von Mussolinis Herrschaft zurücksehnten, bewegte sich bei Wahlen stets zwischen 4,5 und 7 %, mit einem Höchstwert von 9 % im Jahr 1972. Unserer Ansicht nach hat sich die antidemokratische Komponente des „Anti-Antifaschismus“ im Laufe der Jahre verloren, je mehr sich die Republik konsolidierte, während die antiprogressistische und antikommunistische Komponente gleichzeitig zunahm.

Dies geschah nicht zuletzt, weil sich mit der Zeit auch der Einfluss des Antifaschismus auf das politische System Italiens änderte. Der Beginn der 1960er Jahre mit dem Übergang zur „Mitte-Links-Politik“, d. h. mit dem Eintritt der Sozialistischen Partei zunächst in die parlamentarische Regierungsmehrheit und dann in die Regierung, stellt so gesehen einen ziemlich deutlichen Bruch dar. Dieser Bruch führte zur Wiederbelebung des Antifaschismus als Legitimationsgrundlage des Systems, nachdem er in den 1950er Jahren – bedingt durch deren starke antikommunistische Prägung – in den Hintergrund getreten war. Dabei kam seine „progressistische“ weit mehr als seine gemäßigt-bürgerliche Variante zum Vorschein. In politisch-kultureller Hinsicht hat sich somit das öffentliche Leben Italiens in den 1960er Jahren deutlich nach links verschoben und beendete damit eine Art „gemäßigtes“ Intermezzo, das von 1948 bis zum Ende der 1950er Jahre angedauert hatte, während gleichzeitig die Erneuerungsverheißungen der Jahre 1943 bis 1947 wieder lebendig wurden. Es handelte sich um einen Antifaschismus, der sich nicht nur durch die Ablehnung des historischen Faschismus definierte, sondern auch durch seine Gegnerschaft zu jedwedem Konservatismus. Dieser Antifaschismus war geprägt von dem festen Willen, möglichst die Brücken zum alten Italien abzubre-

chen, aus dem, so wurde unterstellt, der Faschismus hervorgegangen war; ferner auch von einem starken Verlangen nach sozialer Veränderung von staatlicher Hand und von dem Willen, den von der Verfassung von 1948 geschaffenen institutionellen Bau fertigzustellen und seine sozialen Inhalte zu verwirklichen.<sup>8</sup> Aber auch wenn das Wiedererstarken des Antifaschismus, vor allem des progressistischen Antifaschismus, die Wirkung des Antikommunismus und des Kalten Kriegs abgemildert hat, so hat es diese Wirkung doch nicht ganz aufgehoben. Einige der grundlegenden Elemente des politischen Nachkriegssystems (die unverrückbare, zentrale Position der Christdemokratie, die *conventio ad excludendum* bezüglich dem PCI und der im wesentlichen gemäßigt-bürgerliche Charakter der Regierungspolitik) sind unverändert geblieben. Zwischen Mehrheit und Opposition etablierte sich die oben angedeutete Dynamik, die man „Einbinden und Beteiligen“ genannt hat (it. „consociativismo“), in der wechselseitigen Bedingtheit von Antifaschismus und Antikommunismus. Diese Umstände haben jedoch die politisch eher „moderat“ orientierte Wählerschaft, die den sozialrevolutionären Antifaschismus ablehnte beziehungsweise den Antifaschismus überhaupt, in eine paradoxe Situation gebracht. Vom Standpunkt der politischen Kultur her besaß dieser Teil der Wählerschaft aufgrund der Linksverschiebung der Legitimationsgrundlage des Systems keine wirkliche eigene Stimme und Legitimation mehr. In politischer Hinsicht jedoch wählte dieser Teil aufgrund seiner antikommunistischen Gesinnung weiterhin die Parteien der Mitte, speziell die Democrazia Cristiana (DC); so konnte er weiterhin einigen Einfluss auf das öffentliche Leben und die Regierungsdynamik ausüben. Diese paradoxe Situation wurde von dem konservativen Journalisten Indro Montanelli treffend ausgedrückt, als er mit Blick auf die Wahlen von 1976 die Leser seiner Zeitung „Il Giornale Nuovo“ dazu aufrief, „sich die Nase zuzuhäl-

ten und Democrazia Cristiana zu wählen“ und somit die DC als antikommunistisches Bollwerk eher widerwillig zu unterstützen, ohne sich von ihr wirklich vertreten zu fühlen.

Die Funktion, die der Antikommunismus im politischen System Italiens ausübte, erklärt zumindest ein Stück weit die paradoxen Auswirkungen, die in Italien der Fall der Berliner Mauer hervorgerufen hat. Theoretisch hätte der Zusammenbruch der Sowjetunion ein Siegesgefühl bei denjenigen Parteien hervorrufen müssen, die sich seit jeher dem PCI entgegen gestellt hatten; bei den Kommunisten selbst hätte der Fall der Mauer zu einer dramatischen Neubesinnung führen müssen. Tatsächlich aber brachte das Jahr 1989 die Justizkrise hervor, die die Democrazia Cristiana, die Sozialistische Partei und ihre kleineren Verbündeten hinweg fegte.

Wie angedeutet, hatte das politische System Italiens im Windschatten der durch den Kalten Krieg bedingten „internationalen Bindung“, die zur Strukturierung und Aufrechterhaltung dieses Systems beigetragen hatte, im Laufe der Jahrzehnte einen Niedergang erlebt und seine Legitimität und den Kontakt mit der Zivilgesellschaft verloren. Durch den Wegfall des Feindbildes nahm das Ende des Kalten Kriegs diesem System folglich einen wichtigen Stützpfeiler und legte damit seinen Verfall offen, der nun nicht länger toleriert werden konnte. Die große Anti-Korruptions-Offensive von 1992 und 1993 mit dem Namen „Mani Pulite“ („saubere Hände“) zog die Konsequenzen aus diesem Prozess mit der Folge, dass die Mehrheitsparteien weggefegt wurden. Wenngleich diese Offensive vor Gericht stattfand und durch Richter durchgesetzt wurde, liegt doch ihre historische Bedeutung eher auf politischem als auf juristischem Gebiet. Weit mehr als die Vergehen des einen oder anderen Politikers klagte sie die Legitimationskrise eines ganzen Systems an. Und fünfzehn Jahre danach sollte man

die bleibende Wirkung von „Mani Pulite“ auch nicht in den einzelnen Gerichtsurteilen, sondern im politischen Phänomen sehen: der Auflösung der sozialistischen, sozialdemokratischen, liberalen, republikanischen und christdemokratischen Parteien.<sup>9</sup> Außer dem neofaschistischen Movimento Sociale Italiano, der sich alsbald in die postfaschistische Alleanza Nazionale (AN) umwandelte, überlebten die Krise von 1992/93 erstaunlicherweise ausgerechnet die Parteien, die aus dem Verwandlungsprozess der Kommunistischen Partei entstanden sind. Die „Postkommunisten“ überstanden die Welle des Legitimationsentzugs, die die Republik überrollte, weil sie trotz des durch das Prinzip des „Einbindens und Beteiligens“ (it. „consociativismo“) geprägten politischen Systems immer in der Opposition geblieben waren und weil sie stets die eigene, auch moralische Besonderheit gegenüber den Regierungskräften hervorgehoben hatten. Sie überstanden die Justizoffensive aufgrund einer Reihe von Umständen, zu deren historiographischer Analyse die Zeit vielleicht noch nicht reif ist. Und sie überlebten den Zusammenbruch des Kommunismus letztlich auch deshalb, weil der PCI seit den Zeiten Palmiro Togliattis stets seine nationale Verwurzelung herausgestellt hatte, also auch die (relative) Distanz zum sowjetischen Modell, von dem er sich im Laufe der Jahrzehnte dann auch tatsächlich Stück für Stück gelöst hatte.

Das historische Paradoxon, dass der Zusammenbruch der Sowjetunion zum ersten Mal in der Geschichte Italiens zunächst ausgerechnet die Erben der Kommunistischen Partei an die Macht brachte, fand in Silvio Berlusconi seinen vehementesten Gegner. Berlusconi schuf zwischen Ende 1993 und Anfang 1994 in kürzester Zeit mit „Forza Italia“ eine neue Partei, die sich mit dem MSI und der Lega Nord zusammentat und im März 1994 die Parlamentswahlen gewann. Durch sein Erscheinen auf der politischen Bühne hat Berlusconi gewissermaßen die histori-

sche Uhr der republikanischen Legitimation dreifach zurückgedreht. Von 1994 an hat er sie um fünf Jahre zurückgestellt, indem er den Sieg der Demokratie liberalen Zuschnitts über den Kommunismus für sich beanspruchte. Oft hat man auf den paradoxen Charakter von Berlusconis Antikommunismus hingewiesen, der sich erst nach 1989 entwickelte und dann fast 20 Jahre lang aktuell blieb. Weniger häufig ist jedoch darauf hingewiesen worden, dass es sich dabei um ein „zweitrangiges“ Paradoxon handelte – das vorrangige Paradoxon war eben der Niedergang der *antikommunistischen* Parteien nach 1989, während die *Postkommunisten* überlebten. Sodann hat Berlusconi die Uhr von 1994 an um 30 Jahre zurückgedreht, indem er jenen „progressivistischen“ Antifaschismus in Frage stellte, der seit Beginn der 1960er Jahre im Mittelpunkt der republikanischen Legitimation gestanden hatte. Wir haben gesehen, wie ein wichtiger Teil der bürgerlichen Wählerschaft Italiens seine Stimme nur „mit zugehaltener Nase“ der *Democrazia Cristiana* gegeben hat; anders gesagt, sie wählte die DC lediglich aufgrund ihrer antikommunistischen Gesinnung, sah sich aber durch sie nicht wirklich vertreten und fühlte sich somit weitestgehend aus einer Republik ausgeschlossen, die vom Prinzip des „Einbindens und Beteiligens“ (it. „consociativismo“) lebte und die deshalb als zu linkslastig, zu antifaschistisch oder in „falscher“ Weise antifaschistisch galt. Zu Beginn der 1990er Jahre ist dieser Teil der Wählerschaft vorbehaltlos zu Berlusconi übergewechselt. Zum ersten Mal seit Jahrzehnten konnten diese Italiener eine politische Kraft wählen, die nicht nur in der politischen Praxis bürgerlich und antikommunistisch war, sondern diese Bürgerlichkeit (it. „moderatismo“) und diesen Antikommunismus auch in der politischen Kultur stolz für sich beanspruchte.<sup>10</sup> Der bürgerlich-gemäßigte Antifaschismus und der „Anti-Antifaschismus“, die beide im öffentlichen Leben Italiens eigentlich nie aufgehört hat-

ten, eine gewichtige Rolle zu spielen, fanden nun auch eine Stimme und eine Legitimation. Schließlich hat Berlusconi die Uhr von 1994 an auch noch um ein halbes Jahrhundert zurückgedreht, indem er sich mit dem faschistischen MSI verbündete, der sich kurz darauf in die „Alleanza Nazionale“ (dt. „Nationales Bündnis“) verwandelte und dann mit Berlusconi an die Regierung kam. Anders ausgedrückt, Berlusconi verschaffte den Postfaschisten, die sich in der Zwischenzeit trotz ihrer kulturellen Rückständigkeit schnell und mit wenig Sorgfalt mit den demokratischen Werten ausgesöhnt hatten, eine neue Legitimierung; er „ließ sie den Zoll passieren“, wie man in Italien sagte, das heißt, er machte sie politisch salonfähig.

Das plötzliche Erscheinen Silvio Berlusconis in der italienischen Öffentlichkeit hat ein tendenziell bipolares politisches System hervorgebracht; es beruht auf der einen Seite auf Berlusconis Charisma, auf der anderen auf der politischen und organisatorischen Tradition der Erben der Kommunistischen Partei.<sup>11</sup> Allerdings ist es nach dem bisher Gesagten offensichtlich, dass sich diese Bipolarität auf keine gemeinsame Sicht der Geschichte Italiens stützt – im Gegenteil: Zwei radikal gegensätzliche Rekonstruktionsmodelle der italienischen Geschichte traten hervor. Berlusconis Neuinterpretation der Geschichte Italiens, sein dreimaliges Zurückdrehen der Uhr der Geschichte, ging von der Überzeugung aus, dass es in der „antifaschistischen“ Republik, d. h. in der Grundidee, auf der sie beruhte, Mängel gegeben habe, die später, als die progressistische Kultur der Politik in den 1960er Jahren dominant wurde, ihre volle Wirkungen entfaltet hätten.<sup>12</sup> Diese Defizite entstammten nach Berlusconi einer einseitigen Interpretation der drei Ur-Eigenschaften der Republik, die *erstens* von den antifaschistischen Parteien der „Nationalen Befreiungskomitees“ gegründet, *zweitens* durch die *Resistenza* legitimiert und *drittens* von der Verfassung des Jahres 1948 in

geregelte Bahnen gelenkt worden war. Die Fehldeutungen führten dann zur Funktionsuntüchtigkeit der ersten Republik und zu ihrem sang- und klanglosen Zusammenbruch vor den Gerichten in den Jahren 1992/93. Die tragende Rolle der politischen Parteien habe mit den Jahren zu einer übermäßigen Macht der Parteiführungskader geführt und dabei die schon zitierte Dynamik des „Einbindens und Beteiligens“ (it. „consociativismo“) entwickelt, die zur Teilhabe des PCI an der Macht geführt hatte. Eine bestimmte Lesart des antifaschistischen Widerstand habe ein übertriebenes, „jakobinisches“, d. h. revolutionäres Verlangen nach sozialer Erneuerung erlaubt, wodurch der Partito Comunista legitimiert wurde, was wiederum zur Schwächung der „westlichen Front“ geführt habe, dazu also, dass sich das gesamte politische System zunehmend nach links verschob und die politischen Parteien eine fast totalitäre Kontrolle über Gesellschaft und Wirtschaft angestrebt hätten, was letztendlich zur Korruption entartete. Und schließlich habe eine bestimmte Lesart der Verfassung gerade jenem übertriebenen, gefährlichen Wunsch nach sozialer Rundumerneuerung ein juristisches Fundament verliehen.

Aus Sicht der progressistischen Kultur – nicht nur, aber auch der postkommunistischen Kultur – hingegen muss dieser Diskurs genau umgekehrt werden. Die von den antifaschistischen Parteien der Nationalen Befreiungskomitees gegründete Republik, legitimiert durch die *Resistenza* und durch die Verfassung des Jahres 1948 in die richtige Form gebracht, habe trotz ihrer unbestreitbaren Schwachpunkte und ihres ruhmlosen Endes im Grunde funktioniert und dem Land 50 Jahre Demokratie und Wohlstand beschert. Antifaschismus, *Resistenza* und Verfassung hätten es geschafft, dem Land eine „gemeinsame Grammatik“ zu geben, und jeder, der diese verweigert habe, habe sich „selbst delegitimiert“ und sich aus dem nationalen, demokratischen Rahmen ausgeschlossen. Daher seien die Mängel

und der Zusammenbruch der „Ersten“ Republik entweder der historischen Präsenz von Umständen und Ereignissen zuschreiben, die von der politischen Klasse Italiens nicht kontrollierbar gewesen seien (insbesondere der Kalte Krieg), oder aber dem „Verrat“ an den progressistischen Verheißungen, die der Republikgründung zugrundelagen; oder es wurden die nationalbürgerlichen, „moderaten“ Kräfte verantwortlich gemacht, die praktisch als Fortsetzung des Faschismus verhinderten, dass diese Versprechen eingelöst wurden. Auf diese Lesart der italienischen Geschichte gestützt konnte sich das Mitte-Links-Lager, das aus den Trümmern der „Tangentopoli“-Affäre hervorgegangen war, in mehrfacher Hinsicht als „Wahrheit“ der Republik darstellen. Nach 50 Jahren war es die erste authentische historische Gelegenheit für die Progressiven, Italien frei von den Zwängen des Kalten Kriegs und der bremsenden Kraft der bürgerlichen Wählerschaft nach den sozialen und antifaschistischen Verheißungen des bewaffneten Widerstands, wie sie die Verfassung kodifiziert hatte (zumindest gemäß progressistischer Interpretation von *Resistenza* und Verfassung), regieren zu können. Welch Wunder also, dass die Postkommunisten, so wie Berlusconi den Antikommunismus gegen sie verwendet hat, ihrerseits den Antifaschismus gegen Berlusconi benutzten. Nicht nur und nicht so sehr, weil dieser die Postfaschisten salonfähig gemacht hatte, sondern weil Berlusconi – diese populistische, individualistische, amerika-freundliche Führerpersönlichkeit, Verfechter des freien Marktes und Repräsentant der spießbürgerlichen Tiefenschichten der italienischen Gesellschaft – in ihren Augen der letzte Erbe derjenigen war, die (angefangen von den Faschisten) seit jeher die progressistische Umgestaltung Italiens verhindert hatten.<sup>13</sup>



## 2. Die Geschichtsschreibung zur „Ersten“ Republik in den letzten fünfzehn Jahren

Selbstverständlich haben die skizzierten politischen Umstände in den Jahren nach 1994 sowohl die Geschichtswissenschaft als auch den öffentlichen „Gebrauch“ der Geschichte beeinflusst. Im Folgenden will ich kurz darstellen, wie die Geschichtswissenschaft in den letzten 15 Jahren darauf reagiert hat. Wenn hier nun die Aussagen des einen oder anderen Historikers zu der einen oder anderen politisch-kulturellen Position wiedergegeben werden, soll damit keinesfalls einer dieser Gelehrten politisch gebrandmarkt werden, und noch weniger werden seine beruflichen Fähigkeiten herabgewürdigt oder über seinen guten Willen geurteilt. Historiker leben selbstverständlich als Zeitgenossen in der Welt und können mit ihren Werken politische Zwecke verfolgen. Inwieweit sie jedoch in ihren Schriften politisch motivierte Interpretationen verwenden oder aber von reinem Erkenntnisinteresse geleitet werden, dies zu beurteilen, ist nicht Aufgabe anderer, sofern man nicht inakzeptable Vorverurteilungen anstellen will. Wohl aber kann man den historischen Wert dieser Interpretationen beurteilen, sowie auch – was uns hier besonders interessiert – die Art und Weise, in der die zeitgenössische Öffentlichkeit sie aufnimmt.

Die italienische Geschichtswissenschaft tendiert dazu, die nationale politische Entwicklung nach dem zu beurteilen, was *nicht* erreicht wurde, anstatt die tatsächlichen Errungenschaften zu würdigen. Das heißt, sie hat sich in vielen Fällen als kritische Geschichtswissenschaft präsentiert, die von dem Anspruch geleitet war, das Land mit einem mehr oder weniger ehrgeizigen idealen Maßstab vermessen zu wollen.<sup>14</sup> Die seit Beginn der 1990er Jahre erschienenen Darstellungen der Geschichte der Republik Italien sind dieser Tendenz umso selbstverständlicher ge-

folgt, als sie im Schatten einer politischen Krise größten Ausmaßes geschrieben wurden, in der die Verwundbarkeit des politischen Nachkriegssystems offensichtlich geworden war; man musste sich mit der Frage auseinandersetzen, in welcher Art von „Erdreich“ die Wurzeln dieser Krise zu suchen waren.

Einige dieser Darstellungen – und zwar vor allem linker Historiker – haben sich mehr oder weniger die These zu Eigen gemacht, das Scheitern der Republik sei im Wesentlichen der ausgebliebenen Verwirklichung des Versprechens einer tief greifenden sozialen Umstrukturierung zuzuschreiben, wie es der *Resistenza* und der Verfassung eigentlich inhärent war.

Im Großen und Ganzen zielten diese Interpretationen auf die Unterstützung der progressistischen, antifaschistischen Ideologie, die, wie gesehen, bereits in den Jahren 1943 bis 1947 existierte und seit Beginn der 1960er Jahre kulturell (aber nicht politisch) dominierte. Die besagten Deutungen spielen den oft unrealistischen Charakter dieser Weltanschauung und ihre (gelegentliche) Unvereinbarkeit mit den Regeln der liberalen Demokratie herunter. Sie interpretieren zudem die Kommunistische Partei, die selbstredend eine der tragenden Säulen dieser Ideologie war, als eine voll und ganz in das nationale Leben integrierte, zu Unrecht an den Rand gedrängte Kraft. Gemäß dieser Lesart wurzelt daher das „italienische Problem“ darin, dass zu starke konservative Kräfte wirksam blieben, die das vollständige Erblühen einer wirklich fortschrittlichen politischen Kultur behinderten, welche anderenfalls das „italienische Problem“ zu lösen vermocht hätte. Diese konservativen Elemente hätten in manchen Fällen durchaus angemessen gehandelt, in anderen Fällen aber seien sie reaktionär und antidemokratisch gewesen. Diese Geschichtsschreibung vertritt die Ansicht, dass sich die „bremsenden Kräfte“ oft genug außerhalb des demokratischen Kräftespiels bewegt

hätten, wobei sie ihre Machtpositionen innerhalb der staatlichen Institutionen ausgenutzt, den externen Druck der Kirche und des Industriellenverbandes eingesetzt und in Grenzfällen sogar zur so genannten „Strategie der Spannung“ gegriffen hätten, also zum „schwarzen“ Terrorismus mit Bombenattentaten und blutigen Anschlägen.<sup>15</sup>

Allerdings vertreten die meisten Autoren, die Überblicksdarstellungen zur Geschichte der Republik vorlegen, vorsichtigere Positionen. Auch da, wo diese Arbeiten von einem im weitesten Sinne „progressistischen“ Standpunkt aus geschrieben sind, legen sie in der Regel die von einer bestimmten antifaschistischen politischen Kultur offenbarten Schwächen dar, die zuweilen auf einen naiven Utopismus zurückzuführen sind, zuweilen auch auf einen elitären „jakobinischen“ sozialrevolutionären Radikalismus, der nicht immer mit liberalen und demokratischen Positionen vereinbar ist. Die Vertreter dieser Sichtweise sind weniger verständnisvoll gegenüber der Kommunistischen Partei. Sie stellen deren Verbindungen mit der Sowjetunion heraus und weisen auf die Distanz zur bürgerlichen Demokratie hin. Oder aber sie sehen zumindest die *conventio ad excludendum*, die stillschweigende Übereinkunft, die PCI von der Regierungsgewalt auszuschließen – gleich, ob sie gerechtfertigt ist oder nicht –, als eine objektive, unvermeidbare Realität der italienischen Nachkriegszeit, die sich weit mehr den internationalen Umständen als dem hemmenden Effekt der italienischen konservativen Spießbürgerlichkeit verdankte.

Zudem führen sie die Schwachpunkte des politischen Systems der Republik und deren endgültigen Zusammenbruch nicht nur auf die ausgebliebene Verwirklichung ihrer ursprünglich fortschrittlichen Intention zurück, sondern auf eine Reihe von Begleitmotiven. Zu diesen zählen: die übertriebene Schlüsselrolle, die die Parteien seit der Geburtsphase der Republik besaßen (wobei sie in mancherlei

Hinsicht die dominante Position der Faschistischen Einheitspartei der Mussolini-Ära fortführten); sodann die „objektive“ Blockade, die der PCI in das System eingeführt hat; der abstrakte, utopische Revolutionseifer einer gewissen Linkskultur laizistischer wie auch marxistischer Prägung<sup>16</sup>; die Unfähigkeit der Verfassung, eine stabilere, robustere Exekutive hervorzubringen; die tiefen ideologischen und programmatischen Unterschiede zwischen den Parteien, oft auch in den einzelnen Parteien (insbesondere in der DC); die in den 1960er Jahren einsetzende Dynamik des „Einbindens und Beteiligens“ (it. „consociativismo“), die das Handeln der Regierung inkohärent machte, den Staatsapparat noch stärker der Dominanz der Parteien unterstellte und die politischen Kräfte ermunterte, staatliche Mittel zur Mehrung der eigenen Anhängerschaft einzusetzen, ohne das Problem der *conventio ad excludendum* zu lösen. Und nicht zuletzt gehört dazu auch die Blockade durch die konservativen Kräfte.<sup>17</sup>

Obschon diese Darstellungen in der Regel die Mängel der italienischen Republik nicht beschönigen, sind sie doch eher apologetisch. So wird zwar anerkannt, dass das zwischen 1946 und 1948 entstandene politische System Italiens nicht gut funktioniert hat; aber es wird auch der Standpunkt vertreten, dass die Geschichte gegenüber dem, „wie es eigentlich gewesen“ ist, keine wirklichen Alternativen geboten habe und dass die italienische Nachkriegszeit daher in vielfacher Hinsicht die bestmögliche Nachkriegszeit gewesen sei. Salvatore Lupo weist etwa auf die schwierigen Bedingungen im Nachkriegsitalien hin: „Das grundlegende Ergebnis, nämlich den Bürgerkrieg verhindert zu haben, war das wichtigste. Auch für die Politik gilt die von Romeo gegenüber der Wirtschaft gemachte Bemerkung: Man muss nicht verstehen, warum Italien so anders ist als England oder Frankreich, sondern warum es dem Schicksal Griechenlands oder Spaniens entronnen ist, de-

nen es aufgrund von Geschichte und Geographie doch vielfach ähnlicher war.“<sup>18</sup> In einigen Fällen wird die Rechtfertigungshaltung allzu apologetisch und produziert eine arg schönfärberische Bewertung der Parteienrepublik.<sup>19</sup>

Die Lehre von der „Notwendigkeit“ oder „Unvermeidbarkeit“ bestimmter Entscheidungen wird sowohl auf die Vorherrschaft der Parteien seit der Nachkriegszeit angewendet, als auch auf das institutionelle Gerüst der Republik und ebenso auf die zunehmende Verschiebung des politischen Gleichgewichts nach links seit Beginn der 1960er Jahre, zunächst durch die Mitte-Links-Politik, später dann durch die Phase der „Nationalen Solidarität“. Diesen Rekonstruktionen zufolge stellten die Parteien nach der Befreiung von Diktatur und Besatzung nicht nur den fortschrittlichsten, sondern den einzigen Hort politischer Initiativkraft dar. Dies gilt vor allen Dingen für die Volksabstimmung vom 2. Juni 1946, durch die die Monarchie abgeschafft wurde, welche bis dahin den anderen, nicht unbedingt fortschrittlichen Hort politischer Initiative gebildet hatte. Angesichts der inneren und internationalen Umstände konnten das Wahlsystem und die Verfassung nur proportional und „garantistisch“ (it. „garantista“) sein, das heißt, darauf bedacht, die Exekutive einzuhegen, sofern man nicht den Bürgerkrieg riskieren wollte, wie Lupo in seiner oben zitierten Aussage andeutet. Und die Öffnung nach links, zu den Sozialisten in den 1960er und zu den Kommunisten in den 1970er Jahren, sei – auch wenn sie die Mechanismen des „Einbindens und Beteiligens“ (it. „consociativismo“) mit höchst negativen Auswirkungen auf das öffentliche Leben Italiens in Gang gesetzt hatte – die einzig mögliche Lösung in einem System gewesen, das durch die *conventio ad excludendum* blockiert war und sich in größte Gefahr begeben hätte (Bürgerkrieg oder eine Hinwendung zum Autoritarismus), hätte man die „Mauer“-Strategie zwischen Regierung und Opposition aus den

Jahren zwischen 1947 und 1958 auch danach weiterverfolgt. Der einzig mögliche Wendepunkt in diesem Schema wäre das Jahr 1953 gewesen: jene Wahlen, die Alcide De Gasperi mit einem Wahlmodus abhalten ließ, der durch eine Mehrheitsprämie gekennzeichnet war. Nach De Gasperis Vorstellungen sollte damit sowohl die Mehrheit der Mitte gegenüber den rechten und linken Oppositionskräften, als auch die Regierung gegenüber dem Parlament gestärkt werden. Eine Verfassungsreform zur weiteren Stärkung der Exekutive wäre vielleicht möglich gewesen. Nach dem Scheitern dieses Modus' mit Mehrheitsprämie 1953 sei das politische System Italiens auf eine schiefe Ebene geraten, die zunächst eine Öffnung gegenüber den Sozialisten und später den Eintritt der Kommunisten in die Regierung ermöglicht habe.

Es gibt vieles in diesen Rekonstruktionen, das durchaus nachvollziehbar ist. So hat Italien in den letzten 60 Jahren auf politischem, sozialem und wirtschaftlichem Gebiet in der Tat Bemerkenswertes erreicht – Errungenschaften, die sich 1945 nicht einmal die kühnsten Optimisten vorzustellen erlaubten. So schwierig es auch sein mag zu ergründen, ob der politische Weg der italienischen Republik tatsächlich der beste aller möglichen Wege gewesen ist, so ist es doch in jedem Falle befriedigend festzustellen, das er jedenfalls nicht der schlechteste war. Die Verfassung von 1948 und das Parteiensystem, das im Rahmen dieser Verfassung bis in die frühen 1990er Jahre überlebt hat, haben das Land in einem nicht zu unterschätzenden Maße wachsen lassen. Zudem ist es unbestreitbar, dass der Zusammenbruch des Staates – bedingt durch den Fall des Faschismus, die doppelte Invasion von Anglo-Amerikanern und Deutschen und den Bürgerkrieg – die Parteien zu absoluten Hauptdarstellern des öffentlichen Lebens in Italien gemacht hat, vor allem nach der Volksabstimmung vom 2. Juni 1946. Ebenso unbestreitbar ist, dass der „garantistische“ (d. h. die Exe-

kutive beschränkende) Zuschnitt von Verfassung und Wahlsystem es den politisch durch den Kalten Krieg zutiefst gespaltenen Kräften ermöglicht hat, vergleichsweise friedlich zusammenzuleben; das Bündnis der Mitte ist nach 1953 in die Krise geraten, so dass die Linksverschiebung des politischen Systems in vielerlei Hinsicht dieser Krise eingeschrieben war. Und doch gilt: Die historiografischen Aufarbeitungen, die die Entwicklung der Republik aus einem Blickwinkel der „Notwendigkeit“ lesen und dabei jede Alternative als entweder unpraktikabel oder gefährlich verwerfen, bleiben letztlich doch mit dem Geruch einer rückwärtigen Rechtfertigung behaftet, der intellektuell unbefriedigend ist. Sie lesen letztendlich die Republik aus deren eigener Logik und schreiben deshalb nicht etwa eine Biografie, sondern eine Autobiografie. Sie entziehen die Politiker der Vergangenheit dem Urteil der nachkommenden Generationen, weil sie, wenn sie keine Alternativen hatten oder die möglichen Alternativen alle schlechter waren, eben nichts anderes tun konnten als das, was sie tatsächlich getan haben. Und sie verurteilen im Grunde Italien zum graduellen parteienherrschaftlichen Niedergang und zum Zusammenbruch der frühen 1990er Jahre. Trotz all seiner Fehler und seinem ruhmlosen Ende bleibt dann der Weg der Republik eben der beste aller möglichen Wege. Vor allem im Hinblick auf die Linksverschiebung des politischen Systems der Republik, die sich zu Beginn der 1960er Jahre anbahnte, und im Blick auf die weitere Geschichte dieser Verschiebung hin zur Technik des „Einbindens und Beteiligen“ (it. „consociativismo“) ist die These der Unvermeidbarkeit unserer Ansicht nach besonders unbefriedigend.<sup>20</sup>

Allgemeine Darstellungen der Geschichte der Republik, die deren ursprüngliche Mängel und gleichzeitig mögliche kulturelle oder politische Alternativen nach den Vorstellungen des „Moderatismus“ des nationalliberalen Bürger-

tums aufzeigen – Abhandlungen also, die von der Geschichtswissenschaft angeregt, im Einklang mit der von uns so genannten „berlusconianischen Neuinterpretation“ der Geschichte Italiens stünden – sind uns nicht bekannt. Es überwiegt die Tendenz, entweder eine rechtfertigende Haltung einzunehmen oder eine urteilende Position im Namen des „Progressismus“ eher als des Konservativismus. Eine Rolle spielt dabei das ausgesprochen schlechte Verhältnis des 1994 entstandenen Mitte-Rechts-Lagers zur italienischen Kultur, die zweifellos überwiegend im weitesten Sinne „linke“ Positionen einnahm; und es kommt der „instinktive“ Stil des so genannten „Berlusconismus“ hinzu, der fast nie die notwendige intellektuelle Kraft besessen hat, echte Konsequenzen aus den eigenen Positionen zu ziehen, noch diese Positionen kulturell zu verankern.

Obwohl dieser Standpunkt, den man „moderat“ nennt, bislang unfähig war, eine umfassende Rekonstruktion der italienischen Nachkriegszeit vorzulegen, greift er doch auf bestimmte historiographische Topoi zu Schlüsselmomenten der Geschichte der Republik zurück, insbesondere zu deren Entstehungsphase.

Eine der bemerkenswertesten historischen Debatten des letzten Jahrzehnts über die Ursprünge der Republik war sicherlich diejenige, die 1996 Ernesto Galli della Loggia mit seinem Buch *Der Tod des Vaterlandes* angeregt hat.<sup>21</sup> Die Ausgangsthese des Autors lautet, dass der von Italien mit den Alliierten ausgehandelte Waffenstillstand vom 8. September 1943 und als dessen Folge der Zusammenbruch des italienischen Staatsapparats eben jenen „Tod des Vaterlandes“ bzw. die tödliche Krise der nationalen Identität markiert hätten. Diese Deutung wird von zwei Behauptungen ergänzt. Die erste, äußerst kontroverse These besagt, Italien habe mit dieser Krise etwas Positives verloren: Der Patriotismus sei ein für das „zivile Wohlergehen“ eines



Landes notwendiges Gefühl. Die zweite These – noch umstrittener als die erste – besagt, Antifaschismus, *Resistenza* und Verfassung seien unfähig gewesen, diesen „Tod des Vaterlandes“ abzuwenden; oder anders gesagt: sie hätten es nicht geschafft, jenen Zusammenhalt wiederherzustellen, der durch die nationale Identitätskrise verloren gegangen sei. Diese Unfähigkeit beruhe auf zwei wesentlichen Gründen, die mit den Schwächen des Antifaschismus und mit seiner inneren Gespaltenheit zusammen hingen. Antifaschismus und *Resistenza* seien schwach gewesen, weil sie nur von einem sehr geringen Teil des Volkes getragen gewesen seien; denn die Menschen seien in jenen Jahren weit mehr mit dem Überleben als mit der Politik beschäftigt gewesen. Außerdem habe man sich vor allem auf die Alliierten stützen müssen; die Befreiung der italienischen Nation war demnach von ausländischen Armeen abhängig. Und schließlich seien Antifaschismus und *Resistenza* besonders deshalb gespalten gewesen, weil in ihnen die Kommunistische Partei aktiv war. Diese aber war eine politische Kraft, die durch ihre enge Bindung an eine auswärtige Macht und ihre internationalistische Ideologie (deren Wirkungen sich weit vor der Befreiung vor allem an Italiens Ostgrenze zeigten) strukturell ungeeignet gewesen sei, an der Wiederherstellung eines einheitlichen Nationalgefühls teilzuhaben.

Die politisch-kulturelle Debatte über die Fähigkeit (oder Unfähigkeit) der Trias Antifaschismus-*Resistenza*-Verfassung, die Legitimität der Republik zu begründen, und die historisch-politische Diskussion über die Frage, ob die Kommunistische Partei Italiens „sowjetisch“ oder „national“ war, sind in Galli della Loggias Darstellung miteinander verflochten. Darüber ist in den letzten 15 Jahren lebhaft diskutiert worden. Nicht wenige historische Darstellungen und Deutungen, auch im Film<sup>22</sup>, haben betont, der Befreiungskampf sei ein zahlenmäßig begrenztes Phänomen ge-

wesen; auch wurden die Brüche und die Gewalt betont, die diesen historischen Weg markiert haben. Solche Aufarbeitungen und Interpretationen wurden unweigerlich von heftigen öffentlichen Auseinandersetzungen begleitet, in manchen Fällen gar von gelegentlichen öffentlichen Unruhen.<sup>23</sup> Diese neue Deutung des Kampfes der bewaffneten *Resistenza* hat sich oft auf reale historische Grundlagen gestützt: Sie hat die Aufmerksamkeit auf Ereignisse und Vorkommnisse gelenkt, die alles andere als erfunden waren, wobei ein Bild des Widerstands in Frage gestellt wurde, das sich in den 1960er und 1970er Jahren vielfach banal und beschönigend präsentiert hatte. Kritisiert wurde insbesondere der moralistische, manichäische Charakter der *Resistenza*, dem zufolge die Antifaschisten und Partisanen politisch wie ethisch immer anständig waren, während die Faschisten notwendigerweise moralisch korrupt und böse waren.<sup>24</sup> Diese weitgehend durchaus historisch begründete „Revision“<sup>25</sup> ist unabhängig von den möglichen Absichten ihrer Autoren in eine reichlich erhitzte, polarisierte öffentliche Debatte ausgeartet, die von Befürwortern wie Gegnern als Versuch gedeutet wird, den Wert des Antifaschismus in Zweifel zu ziehen und damit diese oder jene politische Seite zu delegitimieren.

Vertreter der „progressistischen“ Anschauung und Geschichtswissenschaft haben zurecht hervorgehoben, dass dieser Prozess der „Revision“ von Personen und Gruppen unterstützt wurde, die dem Neofaschismus entstammen und zumindest zum Teil diesem noch angehören: Deren Kritik richtet sich nicht nur gegen ein geschöntes, verfälschtes Bild der *Resistenza*, sondern gegen den Widerstandskampf schlechthin. Man will von der Kritik des Antifaschismus zu einer Neubewertung des Faschismus gelangen, nicht unbedingt im Sinne einer echten politischen Option für das 21. Jahrhundert, aber doch als historisches Phänomen. Und es besteht kein Zweifel, dass sich

diese Kreise durch Berlusconis Eintritt in die Politik bestätigt sahen – schließlich hat Berlusconi die historische Uhr um 50 Jahre zurückgedreht, indem er sich mit den politischen Kräften des Postfaschismus verbündete.

Allerdings muss auch deutlich gemacht werden, dass die „Revision“ in Wirklichkeit zumeist von Wissenschaftlern unternommen wurde, die der postfaschistischen und erst recht der neofaschistischen Szene absolut fern stehen und voll und ganz im demokratischen Wertesystem zu Hause sind.<sup>26</sup> Die Kritik, die von diesen Wissenschaftlern am Antifaschismus geübt wurde, hat bei den „progressistischen“ Intellektuellen deshalb heftige Reaktionen provoziert, weil man glaubte, sie könnten gemäßigt-bürgerliche, antikomunistische politische Positionen „objektiv“ legitimieren, die irgendwie aus dem Berlusconi-Lager kämen – und nicht weil man unterstellte, sie wollten Mussolinis Regime neu bewerten. Das Problem für das progressistische Milieu war also nicht nur das Zurückdrehen der historischen Uhr um ein halbes Jahrhundert, sondern auch – und vielleicht vielmehr eher – das Zurückdrehen der historischen Uhr um 30 Jahre.<sup>27</sup>

Italiens progressistisches Milieu hat auf die beiden Versuche, die historische Uhr um 30 und 50 Jahre zurückzudrehen, hauptsächlich mit einem überzeugten Festhalten am Antifaschismus als der Legitimitätsbegründung des politischen Systems der Republik geantwortet. Man brandmarkte aufs Heftigste jeglichen Versuch, ihren Wert in Frage zu stellen, und wandte schließlich ihr ideologisches Rüstzeug gegen die nach 1994 entstandene „Neue Rechte“.<sup>28</sup> Diese Operation hat vor allem dort, wo sie in ruhigem Ton und mit historischem Verstand durchgeführt worden ist, unbestreitbaren Wert gehabt und verhindert, dass mit Aussagen über die Grenzen des Antifaschismus (seine Schwächen, seine interne Gespaltenheit und die von Partisanen begangenen Gewaltakte) letztlich das his-

torisch-politische Gesamturteil über das 20. Jahrhundert ausgehebelt wurde, indem die Diktatur Mussolinis auf eine Ebene mit der demokratischen Republik gestellt wurde. Und dennoch hat diese Operation auch Grenzen aufgezeigt, die keinesfalls übersehen werden dürfen.

Im Grunde hat sie sich nicht mit dem Umstand auseinandergesetzt, dass ein großer Teil der nationalen öffentlichen Meinung sich nie mit dem Antifaschismus – vor allem mit seiner „progressistischen“ Spielart, die in den 1960er Jahren die kulturelle Hegemonie erlangte – identifizieren wollte. Und sie hat beharrlich eine Neuinterpretation der Geschichte Italiens, vor allem der Jahre 1943 bis 1945, abgelehnt, so wie sie im Namen des militanten Antifaschismus vorgegeben wurde: dass eben die *Resistenza* ein Massenphänomen gewesen sei, kompakt und moralisch, während der Faschismus die absolute Unmoral verkörperte. Als soziokulturelle Lehre war also, wie Galli della Loggia<sup>29</sup> hervorgehoben hat, die Behauptung der antifaschistischen Grundlagen der Republik reinstes Wunschdenken: die Idee einer auf breitem Konsens beruhenden antifaschistischen Haltung, wo es diesen Konsens doch niemals gegeben hat. Politisch führte das dazu, dem liberal-bürgerlichen Teil der öffentlichen Meinung die Legitimation zu entziehen, ihn aus der Republik auszuschließen, einschließlich des Mitte-Rechts-Lagers, das seit 1994 politischer Ausdruck dieses Teils der öffentlichen Meinung ist. Nur – dieser Teil der öffentlichen Meinung ist groß, wenn nicht sogar in der Mehrheit, wie die Wahlergebnisse von 1994 bis heute hinreichend belegen. Die italienische Republik auf eine historische Erinnerung aufzubauen, die diesen Bevölkerungsteil ausschließt, bedeutet deshalb ganz einfach, gar keine italienische Republik aufzubauen, sondern die Grundlagen für einen dauerhaften „Kalten Bürgerkrieg“ zu legen – sechs Jahrzehnte nach dem Ende des Faschismus und zwei Jahrzehnte nach dem Ende des Kommunismus –,

ein „Krieg“, den im Übrigen die progressistische Kultur in den demokratischen Wahlen öfter verliert als gewinnt.

Es ist offensichtlich, dass der gesamte Diskurs eng mit der kommunistischen Frage verflochten ist. In der Tat kann kein Zweifel daran bestehen, dass der sozialrevolutionäre Antifaschismus der Legitimierung des PCI diene. Ebenso ist auch klar, dass der Antikommunismus die wesentliche Bruchlinie innerhalb des antifaschistischen Lagers bildete. Er ist das Element, das mehr als jedes andere die gemäßigte von der radikalen Variante trennte. Die Rolle des PCI in der italienischen Republik ist daher ebenfalls in den letzten 15 Jahren Gegenstand lebhafter geschichtswissenschaftlicher Kontroversen gewesen, die ihren Niederschlag auch in den Zeitungen und ganz allgemein in der landesweiten öffentlichen Diskussion gefunden hat. Auch in diesem Falle ist das historiographische „Revisions“-Werk auf soliden geschichtswissenschaftlichen Fundamenten errichtet, im Besonderen auf neuen Archivalien, die zum Teil sowjetischer Herkunft sind. Man denke nur an eines der zentralen Bücher der gesamten Diskussion, *Togliatti und Stalin* von Elena Aga Rossi und Victor Zaslavsky, oder an die Dokumentation des paramilitärischen Apparats des PCI, herausgegeben von Gianni Donno.<sup>30</sup> Es ist unbestreitbar, dass die Revision unwiderlich die oft politisch alles andere als unschuldigen, traditionellen Interpretationen einiger Schlüsselmomente der italienischen Geschichte in Frage gestellt hat. Man denke nur an die so genannte „Wende von Salerno“ im April 1944, in dem der aus der Sowjetunion heimgekehrte Palmiro Togliatti einen „institutionellen Waffenstillstand“ mit der Monarchie verkündete, was ein Zusammengehen aller politischen Kräfte im Kampf gegen den Nazifaschismus ermöglichte. In traditioneller Betrachtung stellt diese Initiative Togliattis für die PCI-nahe Geschichtswissenschaft den Beweis seiner Unabhängigkeit von den in Mos-

kau herrschenden Revolutionsbestrebungen dar sowie seine Absicht, den Kommunismus in der spezifischen Situation Italiens zu verankern. War diese Interpretation schon in der Vergangenheit von Historikern der nichtkommunistischen Linken angezweifelt worden, so ist sie durch Aga Rossis und Zaslavskys Rekonstruktion vollständig unhaltbar geworden. Hier wird belegt, dass Togliattis Aktion im völligen Einvernehmen mit Stalin stattfand.

Die Offenlegung der äußerst engen Beziehungen, die zumindest in den 1940er und zu Beginn der 1950er Jahre zwischen dem PCI und der Sowjetunion herrschten, hat jedoch nicht etwa die Diskussion über den italienischen Kommunismus beendet, sondern sie im Gegenteil neu entfacht. Einerseits haben sich die Wissenschaftler auf die Grundzüge der Politik Stalins konzentriert. Wo Aga Rossi und Zaslavsky von einer linearen, ideologischen und kohärenten sowjetischen Politik gesprochen haben, haben andere, insbesondere Silvio Pons<sup>31</sup>, eine unsichere und von den jeweiligen Umständen beeinflusste Strategie beschrieben. Eine Strategie also, auf die einzuwirken den italienischen Kommunisten durchaus möglich war, und von der sie, wenn auch nur gelegentlich und innerhalb nicht allzu weit gesteckter Grenzen, abweichen durften. Andererseits hat sich die Diskussion vor allem auf das Verhältnis des PCI zur Republik konzentriert, d. h. auf den Beitrag, den die Kommunisten zur Demokratisierung Italiens geleistet haben. Ein Teil der postkommunistischen oder „progressistischen“ Geschichtswissenschaft ist schnell über die Verbindungen zwischen Moskau und dem PCI hinweg gegangen und hat auf der entscheidenden Rolle bestanden, die die Kommunistische Partei in der politischen Entwicklung Italiens gespielt habe; oder sie machte diese Partei gar zum wichtigsten Stützpfeiler der italienischen Demokratie – Gegenkraft zu jenen Regierungskräften, die geneigt gewesen seien, zu autoritären Mitteln oder auch zum Putsch

zu schreiten, um das Land im „kapitalistischen Block“ zu halten.<sup>32</sup> Ein anderer Teil der Geschichtsschreibung (überwiegend, wenn auch nicht ausschließlich postkommunistisch orientiert) hat sich hingegen mit dem Problem beschäftigt, wie weit die internationale Prägung des PCI seine Verankerung in Italien beeinflusst hat. Die Ergebnisse sind jedoch unbefriedigend.

Diese Geschichtsschreibung hat sich auf zwei Interpretationskategorien bezogen, die miteinander in Verbindung stehen: die „doppelte Loyalität“ und der „Kausalzusammenhang national-international“.<sup>33</sup> Von diesen beiden Kategorien ausgehend, ist sie im Wesentlichen zu zwei Schlussfolgerungen gelangt. Erstens: Egal wie eng seine Beziehungen zur UdSSR gewesen sein mögen, der Partito Comunista könne nicht auf diese Beziehung reduziert werden. Neben seiner internationalen Loyalität gab es in der Tat auch die nationale Loyalität, d. h. seine Verwurzelung in der Republik und in der italienischen Gesellschaft. Die zweite Schlussfolgerung besagt, dass die doppelte Loyalität und der Zusammenhang „national-international“ nicht nur für den PCI und damit in Richtung des Ost-Blocks ins Gewicht fielen, sondern auch für die Democrazia Cristiana und folglich in Richtung des westlichen Bündnisses. Es war also die gesamte republikanische Geschichte, die vom Kalten Krieg beeinflusst war, und daher muss die Beziehung zwischen Moskau und dem italienischen Kommunismus in einem erweiterten Kontext analysiert werden.

In ihrer methodologischen und allgemeinen Form sind diese Überlegungen nachvollziehbar. Dass die politische Geschichte Italiens von dem Umstand bestimmt wurde, dass das Land dem westlichen Lager angehörte, ist ebenso wahr wie banal. Genauso offensichtlich ist, dass die Geschichte des italienischen Kommunismus sich nicht nur, ja nicht einmal hauptsächlich, aus seiner Beteiligung am sowjetischen System erklären lässt. Der PCI hat einen he-

rausragenden Beitrag zum antifaschistischen Widerstand und danach zur Ausarbeitung der italienischen Verfassung geleistet; er hat sich am Leben der republikanischen Institutionen beteiligt; er hat eine kapillare Territorialstruktur aufgebaut, Millionen von Mitgliedern organisiert und bei Wahlen Millionen Stimmen gewonnen; er hat unzählige Kommunen und Provinzen verwaltet; er war Hauptakteur im Gewerkschaftswesen; er war die dominierende politische Kraft in weiten Teilen Mittelitaliens.

Doch auch wenn man dies mit Nachdruck festhält, bleibt das Kernproblem ungelöst: inwieweit nämlich die Zugehörigkeit des PCI zu einem internationalen nicht liberalen, nicht demokratischen System seine Verwurzelung in Italien beeinflusst hat und inwieweit sich dies für die italienische Republik als Behinderung und nicht nur als Stärke erwies. Wobei diese illiberale Zugehörigkeit natürlich zunächst für das Verhältnis zur UdSSR galt, aber eben auch innerhalb der Partei: für die Mentalität ihrer Führungskader, die Mythen, die bei ihren Anhängern und Wählern verbreitet waren, im ideologischen System, das sie förderte und propagierte.

Mir scheint, dass die Verwendung der beiden Kategorien, „doppelte Loyalität“ und „Kausalzusammenhang national-international“ keinen nennenswerten Beitrag zur Lösung dieses Problems geliefert hat. Das Konzept der „doppelten Loyalität“ hat dazu geführt, dass die internationale Loyalität von der nationalen deutlich getrennt wurde. Anders gesagt: Nachdem die enge Bindung der kommunistischen Partei an die Sowjetunion erst einmal anerkannt worden war, sind die Konsequenzen dieser Bindung harmlos (in manchen Fällen sogar vergessen) und fast ausschließlich auf ein symbolisches, identitätsstiftendes Phänomen reduziert worden: eine Art künstlicher Auswuchs am Körper einer Partei, die ansonsten gänzlich ins System der republikanischen Werte integriert war. Und man hat



schließlich die Rolle, die der PCI in der politischen und sozialen Wirklichkeit Italiens gespielt hat, so beschrieben, als ob diese nur am Rande sowohl vom Verhältnis zu Moskau, als auch von der Verteidigung der Prinzipien des „Realen Sozialismus“ bedingt gewesen sei.<sup>34</sup>

Dem italienischen Kommunismus war es auf diese Weise möglich, das Konzept der „negativen Integration“ anzuwenden, das schon für die deutsche Sozialdemokratie der Kaiserzeit gebräuchlich war. Und so wurde letztlich der Kausalzusammenhang national-international völlig beseitigt. Tatsächlich besaß die SPD, anders als die italienischen Kommunisten, kein Modell eines schon verwirklichten Sozialismus (und dann noch ein so belastetes!), an dem sie sich hätte orientieren können.<sup>35</sup> Nachdem das Verhältnis zwischen dem italienischen Kommunismus und der Sowjetunion gewissermaßen bereinigt worden war, blieb der Kausalzusammenhang „national-international“ nur noch für die andere, die westliche Seite gültig. Und daraus erwuchs das Bild einer Republik Italien, die in ihrer demokratischen Entwicklung weitaus mehr durch ihren atlantischen Charakter konditioniert worden sei als durch den Umstand, dass sich in ihrem Innern die größte kommunistische Partei des Westens befand – eine Partei zudem, die bis 1989 nie wirklich für Klarheit hinsichtlich ihrer Bindung an Moskau gesorgt hat.

Es soll keineswegs der positive Beitrag bestritten werden, den der PCI für das Italien der Nachkriegszeit geleistet hat, noch seine bedeutsame Entwicklung, die über Jahrzehnte andauerte und zu einer immer größeren Distanz zur Sowjetunion und zum Realen Sozialismus führte. Auch braucht man nicht zu verhehlen, dass die Zugehörigkeit zum westlichen Bündnis auch im negativen Sinne auf die Demokratie im Lande eingewirkt hat, selbst wenn nach unserer Ansicht die kritischen Aspekte dieser Beeinträchtigung nicht übertrieben werden dürfen. Wir halten es jedoch

für notwendig, kritisch zu schauen, inwieweit die Republik durch die Existenz einer äußerst soliden, sozial verwurzelten Partei *geschwächt* wurde, die sich selbst und der Welt mit Nachdruck ein Regime als Idealmodell präsentierte, dessen Grundwerte mit denen der Republik ganz und gar unvereinbar waren.

Ein solches Urteil muss auch die Rolle der immateriellen Bestandteile des öffentlichen Lebens, d. h. der Symbole und der Ideologien, gebührend berücksichtigen. Nicht zuletzt deshalb, weil sie sich an politologischen Modellen orientierte, die mehr auf die *Dinge* als auf die *Worte* achten, hat sich die Geschichtsschreibung zum italienischen Kommunismus allzu oft zu stark auf die tatsächliche Beteiligung der Kommunisten am institutionellen Leben der Republik konzentriert, dabei aber vieles vernachlässigt, was im Widerspruch zum Geist dieser Institutionen stand. Und sie hat dabei vergessen, dass die Legitimierung letztendlich kein materielles Gut ist.<sup>36</sup> Misst man das Gewicht, das der Nexus „national-international“ in Italien in der Nachkriegszeit gehabt hat, ergibt sich keine Symmetrie zwischen West- und Ost-Bindung. Trotz mancher negativer Einflüsse ging es im westlichen Kontext um dieselben demokratischen Werte, auf denen die italienische Republik basierte, während der östliche in die entgegengesetzte Richtung zielte.

Am 13. und 14. April 2008 haben in Italien Parlamentswahlen und in Rom der erste Gang der Kommunalwahlen stattgefunden. Am 25. ist der 63. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus begangen worden. Am 27. und 28. erfolgte die Stichwahl in Rom. Sowohl der Wahlkampf als auch die Wahlergebnisse und die Feierlichkeiten zum Befreiungstag haben einen deutlichen Wendepunkt im politischen Geschehen des Landes markiert. Auf der Linken sind zwei Hauptkräfte in den Wahlkampf gegangen: zum einen die Demokratische Partei, entstanden aus der Vereinigung der

Linksdemokraten, den Erben des gemäßigten Flügels des PCI, und der „Margherita“, Erbe der christdemokratischen Linken; zweitens die „Regenbogen-Linke“, hervorgegangen aus dem Zusammenschluss zweier anderer postkommunistischer Parteien, den Italienischen Kommunisten und der Kommunistischen Wiederbegründung, mit den Grünen. Auf der Gegenseite standen, außer der Lega Nord und einer sizilianischen Regionalpartei, das „Volk der Freiheiten“, entstanden aus der Vereinigung der Partei Silvio Berlusconi, Forza Italia, mit der postfaschistischen Alleanza Nazionale, und Die Rechte, ebenfalls postfaschistischer Herkunft. Mit Ausnahme der letzten Woche ist der Wahlkampf für Italien außergewöhnlich ruhig verlaufen. Berlusconi hat fast überhaupt nicht auf sein ideologisches Rüstzeug, den Antikommunismus, zurückgegriffen, und sein Hauptgegner Walter Veltroni hat auf traditionelle Argumentationen des Antifaschismus-gleich-Antiberlusconismus verzichtet. Das Wahlergebnis hat Berlusconi klar bestätigt. Vor allen Dingen aber haben es weder Die Rechte noch die Regenbogen-Linke geschafft, die Sperrklausel zu überwinden und ins Parlament einzuziehen. Es scheint, dass dieses Wahlergebnis die letzten Verbindungsträger zu den Bürgerkriegen des 20. Jahrhunderts fast komplett beseitigt hat: Es verschwanden die Linksdemokraten; und die rechte „Alleanza Nazionale“ ist in Berlusconi's „Volk der Freiheiten“ aufgegangen.

Am 25. April hat Staatspräsident Giorgio Napolitano, ein Postkommunist, anlässlich der Feier zum 63. Jahrestag der Befreiung an den italienischen „Bürgerkrieg“ (zwischen Faschisten und Antifaschisten) erinnert. Ohne Mussolinis Regime in irgendeiner Weise neu zu beurteilen oder dessen historische Niederlage in Frage zu stellen, hat der Präsident damit den Faschisten der Republik von Salò im Grundsatz eine moralische Haltung zugestanden: nicht den reinen Kollaborateuren, nicht den Opportunisten, sondern jenen

Italienern, die sich aus politischen Gründen gegen andere Italiener gewandt haben. Es ist nicht das erste Mal, dass diese Anerkennung in öffentlichen Reden vorkommt. Schon seit Beginn der 1990er Jahre hat im Übrigen die progressistische Geschichtsschreibung zugegeben, dass der Konflikt von 1943 bis 1945 auch die Züge eines „Bürgerkriegs“ gehabt habe.<sup>37</sup> Im historischen Klima der Gegenwart aber hat es eine nicht zu unterschätzende Bedeutung, dass Präsident Napolitano dies noch einmal hervorgehoben hat. Fünfzehn Tage nach der Wahl ist der Chef der aufgelösten Alleanza Nazionale, Gianfranco Fini, zum Präsidenten des Abgeordnetenhauses gewählt worden. In seiner Amtseinführungsrede hat er die Notwendigkeit betont, den 25. April zu feiern. Kaum zwei Tage vor seiner Wahl war ein anderer Postfaschist, Gianni Alemanno, in der Stichwahl zum Bürgermeister Roms gewählt worden. Gegen ihn hatte das progressistische Lager nachdrücklich, jedoch vergeblich das „antifaschistische“ Rüstzeug eingesetzt.

Es ist verfrüht zu sagen, wohin all dies Italien führen wird. Die Entwicklungen könnten sich stabilisieren und vielleicht in den folgenden Jahren zu einer einvernehmlichen Verfassungsänderung führen. Oder aber sie könnten wieder zum Stehen kommen und vielleicht regredieren. Die Geschichte Italiens verläuft alles andere als gradlinig. Oder, um es zugespitzt zu sagen: Auf der italienischen Halbinsel ist die kürzeste Verbindung zwischen zwei Punkten die Schnörkellinie. Wenn sich aber diese geistig-moralischen Errungenschaften als dauerhaft erweisen sollten, wenn das „Bel Paese“, das „schöne Land Italien“, es schaffen soll, den nunmehr 60-jährigen Kadaver des Faschismus zu begraben und den 20-jährigen des Kommunismus dazu, dann könnten die Historiker vielleicht endlich damit beginnen, die Geschichte der Republik zu schreiben, und die öffentliche Diskussion könnte diese Werke ohne zwanghafte Zeitgenossenschaft rezipieren.

Eine Erstfassung der Übersetzung aus dem Italienischen besorgte Dr. Christian Blasberg, Morlupo/Rom, die Druckfassung Dr. Christiane Liermann Tranielle, Villa Vigoni, Menaggio.

### Anmerkungen

<sup>1</sup> Zu den ausländischen Interpretationen des republikanischen Italien siehe Stuart WOOLF (Hg.): *L'Italia repubblicana vista da fuori*, 1945–2000, Bologna 2007.

<sup>2</sup> Als *Risorgimento* bezeichnet man die politische und soziale Bewegung auf der Apenninhalbinsel nach dem Wiener Kongress 1814/15–1870, die die Vereinigung des Kirchenstaates, der verschiedenen Fürstentümer und Regionen zu einem italienischen Einheitsstaat anstrebte.

<sup>3</sup> In Italien ist es üblich geworden, von den Jahren 1948–1993 als „Erster Republik“ zu sprechen, auch wenn die Krise zu Beginn der 1990er Jahre keine formellen Verfassungsänderungen hervorgerufen hat, die es erlauben würden, eine Erste klar von einer Zweiten Republik zu trennen, wie zum Beispiel in Frankreich mit der Unterscheidung der Vierten von der Fünften der Fall ist. Unserer Auffassung nach ist zu Beginn der 1990er Jahre die Erste Republik zu Ende gegangen, auch wenn nicht klar ist, ob eine Zweite je geboren wurde, weder damals, noch später. Wir werden in jedem Falle aus praktischen Erwägungen die Ausdrücke „Erste“ und „Zweite“ Republik benutzen, die Ordinalzahl jedoch in Anführungszeichen setzen.

<sup>4</sup> Für die geschichtswissenschaftlichen Begriffe dieser Überlegung verweisen wir auf den nachfolgenden Absatz.

<sup>5</sup> Die umfassendste Aufarbeitung dieser historischen Phase ist zu finden in Piero CRAVERI: *La Repubblica dal 1958 al 1992*, Torino 1995.

<sup>6</sup> Für die geschichtswissenschaftlichen Begriffe der Debatte um die Republik verweisen wir auf den nachfolgenden Absatz. Interessant ist jedoch die „Wiederentdeckung“ von Intellektuellen in den 1990er Jahren, die schon früh die „Parteiherrschaft“ angeprangert hatten, unter ihnen Luigi Sturzo, Giuseppe Maranini und Panfilo Gentile.

<sup>7</sup> Entsprechende Überlegungen finden sich in Giovanni ORSINA: *Quando l'Antifascismo sconfisse l'antifascismo. Interpretazioni della resistenza nell'alta cultura antifascista italiana (1955–65)*, in

Piero CRAVERI / Gaetano QUAGLIARIELLO (Hg.): *La seconda guerra mondiale e la sua memoria*, Soveria Mannelli 2006, S. 237–288. Zur Interdependenz von Antifaschismus und Antikommunismus siehe auch Aurelio LEPRE: *L'anticomunismo e l'antifascismo in Italia*, Bologna 1997.

<sup>8</sup> Vgl. Guido CRAINZ: *La „legittimazione“ della resistenza. Dalla crisi del centrismo alla vigilia del '68*, in *Fascismo e antifascismo negli anni della repubblica*, „Problemi del socialismo“, 1986, S. 62–97; Filippo Focardi, *La guerra della memoria: la Resistenza nel dibattito politico italiano dal 1945 a oggi*, Roma-Bari 2005; Giovanni ORSINA: *Quando l'Antifascismo* (wie Anm. 7).

<sup>9</sup> Zum politischen Charakter der juristischen Krise der frühen 1990er Jahre vgl. Giovanni ORSINA: *Chiudere Tangentopoli: il ritorno alla normalità*, in: *Il Mulino* 2003, S. 445–456.

<sup>10</sup> Es ist ein Fehler der progressistischen Kultur und vieler ausländischer Beobachter zu glauben, das „Phänomen Berlusconi“ sei eine rein „kosmetische“ Operation gewesen, ohne politischen Inhalt. Dann versteht man die letzten 15 Jahre der Geschichte Italiens nicht. Berlusconi hatte große Teile der „anderen Kultur“ Italiens gegen sich, aber dies bedeutet keineswegs, dass der Berlusconismus keine eigene Kultur und politische Zielkonzeption besitzt.

<sup>11</sup> Vgl. Mauro CALISE: *La Terza Repubblica. Partiti contro presidenti*, Roma-Bari 2006.

<sup>12</sup> Das die Phase des „Zentrismus“ der späten 1940er und frühen 1950er Jahre in gewisser Weise bewahrt werden müsse, behauptete Berlusconi indirekt 1994; er antwortete auf eine ziemlich missglückte Bemerkung des Chefs der Nationalen Allianz, Gianfranco Fini („der größte Staatsmann Italiens im 20. Jahrhundert“ sei Benito Mussolini gewesen), dass seiner Ansicht nach hingegen dieser Titel Alcide De Gasperi zustehe. Die Verbindung zwischen der historisch-politischen Bedeutung des Berlusconismus und des „Zentrismus“ hat auch ein Historiker hervorgehoben, der Berlusconi besonders kritisch gegenübersteht, Paul Ginsborg; vgl. Berlusconi in *prospettiva storica comparata*, in: Gianpasquale SANTOMASSIMO (Hg.): *La notte della democrazia italiana. Dal regime fascista al governo Berlusconi*, il Saggiatore, Milano, 2003, S. 35–49.

<sup>13</sup> Zur Beziehung zwischen Anti-Berlusconismus und Antifaschismus siehe Giovanni ORSINA: *Antifascismo e antiberlusconismo. Percorsi di una tradizione ideologica*, in Angelo VENTRONE (Hg.): *L'ossessione del nemico*, Roma 2006, S. 165–190.

<sup>14</sup> Vgl. James L. NEWELL: Interpretive approaches and the study of Italian politics, in: *Modern Italy*, 9 (2004), S. 247–261.

<sup>15</sup> Vgl. *Storia dell'Italia Repubblicana*, Volume I: La costruzione della democrazia. Dalla caduta del fascismo agli anni cinquanta, Torino 1994; Volume II: La trasformazione dell'Italia: sviluppo e squilibri, Torino 1995; Guido CRAINZ: *Storia del miracolo italiano: culture, identità, trasformazioni fra anni Cinquanta e Sessanta*, Roma 1996; DERS.: *Il paese mancato: dal miracolo economico agli anni Ottanta*, Roma 2003. Zur Kritik der übertriebenen, unbewiesenen Bedeutung, die einige Historiker dem reaktionären und putschistischen Druck zuordnen, vgl. Giovanni SABBATUCCI: *Il golpe in agguato e il doppio Stato*, in: Giovanni BELARDELLI / Lucio CAGAGNA / Ernesto GALLI DELLA LOGGIA / Giovanni SABBATUCCI: *Miti e storia dell'Italia unita*, Bologna 1999, S. 203–216.

<sup>16</sup> Vgl. hierzu Sergio BELARDINELLI: *Italien*, in: Günter BUCHSTAB / Rudolf UERTZ (Hg.): *Was eint Europa? Christentum und kulturelle Identität*, Freiburg i. Br. 2008, S. 212–222.

<sup>17</sup> Vgl. Pietro SCOPPOLA: *La repubblica dei partiti: profilo storico della democrazia in Italia, 1945–1990*, Bologna 1991, mehrere überarbeitete Auflagen; Piero CRAVERI: *La Repubblica (wie Anm. 5)*; Paolo POMBENI: *I partiti e la politica dal 1948 al 1963*, in: Giovanni SABBATUCCI / Vittorio VIDOTTO (Hg.): *Storia d'Italia 5. La Repubblica, 1943–1963*, Roma-Bari 1997, S. 127–251; Simona COLARIZI: *Storia politica della Repubblica: partiti, movimenti e istituzioni, 1943–2006*, Roma-Bari 2007.

<sup>18</sup> Salvatore LUPO: *Partito e antipartito. Una storia politica della prima Repubblica (1946–1978)*, Roma 2004, S. 21.

<sup>19</sup> Vgl. EBD.; Roberto GUALTIERI: *L'Italia dal 1943 al 1992. Dc e Pci nella storia della Repubblica*, Roma 2006. Vgl. auch Alfio MASTROPAOLO: *La repubblica dei destini incrociati. Saggio su cinquant'anni di democrazia in Italia*, Firenze 1996.<sup>20</sup> Vgl. Giovanni ORSINA: *Il sistema politico italiano. Lineamenti di un'interpretazione revisionistica*, in: Pier Luigi BALLINI / Sandro GUERRIERI / Antonio VARSORI (Hg.): *Dal centrismo al centrosinistra*, Roma 2006, S. 309–333; Giovanni ORSINA (Hg.): *I liberali nella Repubblica. L'alternativa sconfitta*, in: *Ventesimo Secolo 7* (2008).

<sup>21</sup> Ernesto GALLI DELLA LOGGIA: *La morte della patria: la crisi dell'idea di nazione tra Resistenza, antifascismo e Repubblica*, Roma-Bari 1996.

<sup>22</sup> Vgl. z. B. den Film „Porzus“ von Renzo Martinelli und den Fernsehfilm „Il cuore nel pozzo“ von Alberto Negrin, ausgestrahlt in zwei Teilen im italienischen ersten öffentlichen Kanal am 6. und 7. Februar 2005. Der erste Film behandelt die Ermordung nicht-kommunistischer Partisanen der Osoppo-Brigade durch kommunistische Partisanen im Februar 1945; der zweite erinnert an die Gewaltakte von Partisanen Titos gegen Italiener, unter Benutzung der karstartigen Höhlungen in Istrien (die „Foibe“, auf die sich der Begriff „pozzo“ im Filmtitel bezieht), sowohl um die Leichen der Getöteten zu verstecken, als auch um die Opfer noch lebend dort hinein zu werfen.

<sup>23</sup> Vgl. z. B. die Aufnahme des Interview-Bandes von Renzo DE FELICE, hg. von Pasquale CHESSA, Rosso e Nero, Milano 1995; und Il sangue dei vinti di Giampaolo Pansa, Milano 2003. In Folge des Streits, der sich um dieses Buch entfachte, hat Pansa zwei weitere Bände geschrieben: La grande bugia, Milano 2006 und I gendarmi della memoria, Milano 2007. Die Werbe-Tour für *La grande bugia* (dt. *Die große Lüge*) wurde von gewaltsamen Kundgebungen und Drohungen begleitet, und viele Stationen sind abgesagt worden.

<sup>24</sup> Wer den bekannten Film von Bernardo Bertolucci, Novecento, gesehen hat, kann besser verstehen, was mit dem Prozess der „manichäischen Moralisierung“ von Faschismus und Antifaschismus gemeint ist. Dieser Prozess hat natürlich Ursachen, die zu analysieren interessant wäre, die aber hier nicht angeführt werden können. In *La morte della patria* (wie Anm. 21) hat Galli della Loggia einige mögliche Erklärungen vorgebracht. Wie heiß diese Themen immer noch sind, zeigen die über Gebühr harschen Reaktionen auf das Buch von Roberto VIVARELLI: *Fine di una stagione. Memoria 1943–45*, Bologna 2000, in dem der Verleger Il Mulino – ein eher seltener Fall – ein Verlagsvorwort voranstellt, in dem er sich von der Publikation distanziert. Vivarelli, ein verdienter Historiker von unzweifelhaft demokratischem Geist, hat in diesem Buch seine Beteiligung als 16-jähriger an der Faschistischen Italienischen Sozialrepublik (*Republik von Salò*) beschrieben und behauptet, diese Entscheidung sei moralisch, nicht politisch zu verteidigen.

<sup>25</sup> „Revisionismus“ ist das Substantiv, mit dem in Italien die Prozesse einer Neubewertung der nationalen Geschichte definiert werden, von der angeblich politisch nationalliberal-bürgerliche Positionen profitieren. In der Regel wird der Begriff von progressistisch



orientierten Historikern verwendet, also mit einem negativen Akzent versehen. Hier benutzen wir das Wort „Revisionismus“ in Anführungszeichen, in einem neutralen Sinne.

<sup>26</sup> Dies trifft sicherlich für Renzo De Felice, Ernesto Galli della Loggia, Giampaolo Pansa und – mit Ausnahme seiner frühesten Jugend – Roberto Vivarelli zu.

<sup>27</sup> Manche Spielarten des Antifaschismus sind eher kritisch gegenüber einer bestimmten nationalliberal-bürgerlichen Haltung („moderati“) als wirklich antifaschistisch; vgl. dazu vgl. LUPO (wie Anm. 18), S. 165.

<sup>28</sup> Siehe z. B., unter Berücksichtigung des sehr ungleichen politischen Wertes und Charakters dieser Werke: Gian Enrico RUSCONI: *Resistenza e postfascismo*, Bologna 1995; Pietro SCOPPOLA: *25 aprile. Liberazione*, Torino 1995; Franco DE FELICE (Hg.): *Antifascismi e Resistenze*, Annali della Fondazione Istituto Gramsci, VI, Roma 1997; Enzo COLLOTTI (Hg.): *Fascismo e antifascismo. Rimozioni, revisioni, negazioni*, Roma-Bari 2000; Gianpasquale SANTOMASSIMO (Hg.), *La notte della democrazia italiana* (wie Anm. 12); Sergio LUZZATTO: *La crisi dell'antifascismo*, Torino 2004; Filippo FOCARDI: *La guerra* (wie Anm. 8).

<sup>29</sup> Ebenfalls in *La morte della patria* (wie Anm. 21).

<sup>30</sup> Elena AGA ROSSI / Victor ZASLAVSKY: *Togliatti e Stalin: il PCI e la politica estera staliniana negli archivi di Mosca*, Bologna 1997; Gianni DONNO: *La Gladio rossa del PCI 1945–1967*, Soveria Mannelli 2001. Vgl. auch, Elena AGA ROSSI / Gaetano QUAGLIARIELLO (Hg.): *L'altra faccia della luna: i rapporti tra PCI, PCF e Unione Sovietica*, Bologna 1997; Victor ZASLAVSKY: *Lo stalinismo e la sinistra italiana: dal mito dell'URSS alla fine del comunismo, 1945–1991*, Milano 2004.

<sup>31</sup> *L'impossibile egemonia. L'Urss, il Pci e le origini della Guerra Fredda. 1943–48*, Roma 1999.

<sup>32</sup> Aldo AGOSTI: *Palmiro Togliatti*, Torino 1996; Mario G. ROSSI: *Una democrazia a rischio. Politica e conflitto sociale negli anni della guerra fredda*, in: *Storia dell'Italia Repubblicana*, (wie Anm. 15), S. 913–1005.

<sup>33</sup> Der Aufsatz, dem diese beiden Kategorien entstammen ist Franco DE FELICE: *Doppia lealtà e doppio Stato*, in: *Studi Storici* 1989, S. 493–563. Zum Gebrauch dieser Kategorien siehe einige Aufsätze, die in der schon genannten *Storia dell'Italia Republi-*

cana (wie Anm. 15) veröffentlicht wurden. Vgl. auch Roberto GUALTIERI (Hg.): *Il PCI nell'Italia repubblicana. 1943–1991*, Roma 2001; DERS.: *L'Italia dal 1943 al 1992* (wie Anm. 19). Die genannten Werke sind im Umfeld des Gramsci-Instituts entstanden. Ein dem postkommunistischen Umfeld fern stehender Aufsatz, der jedoch bei der Interpretation des PCI ähnliche Kategorien verwendet und zu analogen Schlussfolgerungen gelangt, ist Mario DEL PERO: *Containing containment. Rethinking Italy's experience during the Cold War*, in: *Journal of Modern Italian Studies* 2003, S. 532–555.

<sup>34</sup> Noch eindeutiger trennt die beiden Aspekte der kommunistischen Politik Francesco BARBAGALLO: *La formazione dell'Italia democratica*, in: *Storia dell'Italia Repubblicana* (wie Anm. 15), S. 5–128. Unter den bei Roberto GUALTIERI *Il PCI* (wie Anm. 33), gesammelten Aufsätzen legt hingegen Silvio PONS, *L'URSS e il PCI nel sistema internazionale della guerra fredda*, S. 3–46 mehr Wert auf die Entsprechungen, die die Bindung zur UdSSR in der Ideologie der führenden Klasse der italienischen Kommunisten fand. Es ist bezeichnend, dass diese Trennung zwischen internationaler Loyalität und nationaler Loyalität des PCI erst kürzlich in das analytische Werk eines wichtigen nichtitalienischen Wissenschaftlers eingeflossen ist: Tony JUDT: *Postwar. A history of Europe since 1945*, London 2005. In dem der internationalen Situation gewidmeten Teil erkennt Judt die enge Beziehung zwischen dem PCI und der UdSSR an, vergisst sie jedoch völlig, wenn er sich der internen Situation Italiens zuwendet.

<sup>35</sup> Siehe Roberto GUALTIERI: *Il PCI, la DC e il „vincolo esterno“*. Una proposta di periodizzazione, in: DERS.: *Il PCI* (wie Anm. 33), S. 47–99.

<sup>36</sup> Eine eindeutige Unterbewertung des Einflusses von Symbolen, Worten und Ideologien auf die Legitimierungsprozesse finden sich z. B. in der folgenden Behauptung zweier Historiker, die alles andere als sanft mit dem PCI ins Gericht gehen, Marcello FLORES / Nicola GALLERANO: *Sul Pci. Un'interpretazione storica*, Bologna 1992, S. 93–94: „Es ist irrelevant (...) in der historischen Beurteilung, dass die Verteidigung der Demokratie durch die Kommunisten nicht mit einem allumfassenden und definitiven Urteil einherging. Wenn Demokratie als reines und einfaches Regelwerk verstanden wird, das allen den Zugang zur und die Ausübung der Macht erlaubt, ist die ‚Achtung‘ dieser Regeln wichtig, nicht ihre Verherrlichung in Wertbegriffen.“ Zum Gebrauch von politologi-

schen Kategorien in der Geschichtsschreibung zum PCI und die dadurch aufgezeigten Grenzen, aber auch zu einer von uns geteilten Gesamtbetrachtung der Überlegungen zum Kommunismus, siehe Andrea GUIZO: *Il Pci e la sua storia: come cambiano i paradigmi*, in: Gerardo NICOLOSI (Hg.): *I partiti politici nell'Italia repubblicana*, Soveria Mannelli 2006, S. 135–194.

<sup>37</sup> Siehe vor allem Claudio PAVONE: *Una guerra civile. Saggio storico sulla moralità nella Resistenza*, Torino 1991.